

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 19.03.2009**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle  
(Saale)

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 17:30 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

Herr Andreas Nowotny	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Frau Katharina Hintz	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Annerose Runde	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung
Herr Christian Fiedler	Stadtrat
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Frau Anja Hunger	SKE
Herr Sven Weise	Freie Träger
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Frau Carola Jahnke	Verw
Frau Kerstin Riethmüller	Verw
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 22.1.2009 und 19.2.2009
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des Halle-Passes  
Vorlage: IV/2008/07713
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht über das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung Quartiersmanagement Halle-Neustadt - Berichterstattung: Herr Wendler
- 7.2. Bericht zum Sachstand SGB II
- 7.3. Bericht zum Stand des Kommunal-Kombi-Programmes - Berichterstattung: Herr van Rissenbeck
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund Erkrankung der offiziell bestätigten Protokollführerin und deren Vertretung wird als Protokollführerin für den öffentlichen und nicht öffentlichen Teil des heutigen Ausschusses Frau Susann Rudloff einstimmig bestätigt.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird bestätigt.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 22.1.2009 und 19.2.2009**

---

Die Niederschrift vom 22.01.2009 wird bestätigt.  
Die Niederschrift vom 19.02.2009 wird bestätigt.

## **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

keine

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des Halle-Passes Vorlage: IV/2008/07713**

---

Frau Haupt informiert darüber, dass durch die Novellierung des Wohngeldrechtes Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II oder SGB XII leistungsberechtigt sind, jedoch aufgrund ihres eigenen Einkommens nur anteilig Kosten der Unterkunft erhalten, nun wohngeldberechtigt sind.

Es wird vermehrt vorkommen, dass das Wohngeld die aufstockenden KdU- Leistungen abdeckt, so dass diese Personen aus dem Leistungsbezug nach dem SGB II bzw. SGB XII ausscheiden. Dadurch würde auch der Anspruch auf den Halle-Pass wegfallen, obwohl sich

die Einkommenssituation des Haushaltes nicht oder nur gering geändert hat. Dies betrifft vor allem Kinder, für die Kindergeld gezahlt wird und die Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss erhalten. Diese würden durch die Neuregelung vom Halle-Pass ausgeschlossen werden.

Herr Schneller erläutert, dass mit der Ergänzung der Regularien sichergestellt wird, dass der bisher anspruchsberechtigte Personenkreis weiterhin seine Berechtigung erhält. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird dadurch nicht ausgedehnt und auch finanzielle Auswirkungen sind mit der Änderung nicht verbunden.

Die Verwaltung übernimmt die Intentionen aus dem Antrag.

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

keine

## **zu 7 Mitteilungen**

---

### **zu 7.1 Bericht über das Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung Quartiersmanagement Halle-Neustadt - Berichterstattung: Herr Wendler**

---

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Kuhn und Herrn Wendler vom Stadtplanungsamt und übergibt das Wort danach an Herrn Wendler.

Herr Wendler berichtet darüber, dass das Quartiersmanagement neu ausgeschrieben wurde und die nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens ausgewählte Gesellschaft bereits die Arbeit aufgenommen hat und mit der Prioritätensetzung und der Vorbereitung für die Ausgabe der Neustädter Nachrichten beginnt.

Im Vergabeverfahren hätten 8 Firmen die Unterlagen abgefordert, durch 3 Firmen wurden sie abgegeben. Mit diesen 3 Firmen wurden daraufhin Bietergespräche durchgeführt. Diese wurden nach verschiedenen Kriterien bewertet z.B. Preis-Leistungsverhältnis, Unternehmenserfahrung, Qualifikation des Quartiersmanagers etc.).

Das Angebot der SBI wurde als annehmbarstes Angebot gewertet, da hier eine stärkere Auseinandersetzung mit den zu erfüllenden Leistungen als bei den anderen beiden Bietern zu erkennen war.

Frau Haupt dankt Herrn Wendler für den Vortrag.

Frau Wolff fügt hinzu, dass sie sich ein professionelleres Handeln auf wirtschaftlicher Ebene gewünscht hätte, da es sich bei dem erfolgreichen Angebot nicht um das preisgünstigste Angebot handelte. Außerdem fragt sie, ob dem Stadtplanungsamt zusätzlich finanzielle Kosten hierdurch entstehen würden.

Herr Wendler entgegnet, dass die wirtschaftliche Wertung der Angebote korrekt abgelaufen sei. Das Angebot der Firma SBI belief sich jedoch über einen Zeitraum von 12 Monaten, was allerdings einen offensichtlichen Irrtum darstellte. Ausgeschrieben waren 10 Monate, und aus diesem Irrtum heraus resultierte auch der höhere Endpreis der Firma SBI.

Laut Herrn Wendler sei die Korrektur dieses Fehlers zulässig gewesen. Desweiteren fügt er an, gäbe es im Stadtplanungsamt eine Gebietssachbearbeiterin für Halle-Neustadt – Frau Kuhn. Diese arbeite mit dem Quartiersmanagement zusammen, also müssen durch das Stadtplanungsamt keine zusätzlichen finanziellen Leistungen erbracht werden.

Die Ausschussvorsitzende ergreift das Wort und fragt nach weiterer Zusammenarbeit bzw. ob eine erneute Rückkopplung im Ausschuss eingeplant werden kann.  
Herr Wendler bietet an, den Ausschuss nochmals über die Zusammenarbeit des Quartiersmanagements mit der Sozialraumplanerin, den Wohnungsgenossenschaften und der Händlervereinigung Halle-Neustadt zu informieren.

Frau Haupt regt an, die erneute Berichterstattung diesbezüglich in einen künftigen Ausschuss aufzunehmen.

## **zu 7.2 Bericht zum Sachstand SGB II**

---

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Neumann in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der ARGE SGB II Halle GmbH um eine kurze Zusammenfassung der neuesten Ereignisse.

Herr Neumann informiert darüber, dass sich die Koalition bisher nicht bezüglich einer Neuordnung der ARGEen einigen konnte. Aus diesem Grund wurden die Ende 2009 auslaufenden Verträge bis zum 31.12.2010 verlängert. Das heißt, es erfolgt weiterhin eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung mit der Bundesagentur für Arbeit. Dies bedeute auch Konstanz für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Betroffene.

Frau Wolff führt an, dass sie in einer Zeitung gelesen hätte, dass es Bundesländer gäbe, die gegen diese Regelung klagen wollen.

Herr Neumann erwidert, dass es diese Regelung nun gibt und somit alles klar sei.

Frau Haupt begrüßt Frau Dr. Radig und bittet um Ergänzungen zu den Ausführungen von Herrn Neumann.

Frau Dr. Radig hat diesbezüglich nichts zu ergänzen und berichtet nun über die in der Gesellschafterversammlung 2009 abgeschlossenen Zielvereinbarungen (Einsparung KdU und Passivleistungen, Zahl der Langzeitbezieher konstant halten) und die zu bewältigenden Einsparungen.  
Außerdem teilt sie mit, dass die Eckwerte des Arbeitsmarktprogrammes bestätigt wurden. Diese werden zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt.

Frau Haupt fragt nach, ob sich bisher schon der Anstieg der Kurzarbeit bemerkbar gemacht hat.

Herr Neumann erläutert, dass sich die Kurzarbeit eigentlich nicht im SGB II abspielt. Es gäbe in der Stadt Halle zwar 700 Kurzarbeiter mehr als im Vorjahr, jedoch reduzierte sich die Zahl der Aufstocker von 1600 auf 800. Anzeichen für eine vermehrt auftretende Kurzarbeit seien für Halle also nicht erkennbar.

## **zu 7.3 Bericht zum Stand des Kommunal-Kombi-Programmes - Berichterstattung: Herr van Rissenbeck**

---

Frau Haupt begrüßt Herrn van Rissenbeck und bittet ihn um Berichterstattung.

Herr van Rissenbeck informiert darüber, dass in der 1. Förderperiode 37 Maßnahmen mit 95 Arbeitnehmern bei 23 Trägern bewilligt wurden. Hierbei werden Arbeitsverträge für den Zeitraum von 3 Jahren abgeschlossen.  
Ohne eine Mitfinanzierung des Landes sei dieses Programm jedoch nicht möglich.  
Wann die 2. Förderperiode beginnen wird, entscheidet sich erst in den kommenden Wochen.  
Geplant sei auf jeden Fall ein Beginn im zweiten oder dritten Quartal diesen Jahres mit einer Zahl von 98 Arbeitnehmern.

Frau Haupt dankte Herrn van Rissenbeck für die Berichterstattung und bittet um Fragen.

Frau Tomczik-Radji meldet sich zu Wort und fragt nach dem Stand von Halle im Vergleich zu Magdeburg.

Herr van Rissenbeck antwortet, dass Halle und Magdeburg ungefähr gleich bzw. ähnlich liegen, ebenso im Vergleich hierzu der Landkreis Naumburg. Im Vergleich dazu werden in Leipzig 800 – 900 Stellen bereitgestellt. Allerdings beteiligt sich hier die Stadt Leipzig mit einem Finanzvolumen in Höhe von 12 Millionen Euro.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

## **zu 8      Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Frau Tomczik-Radji hätte gern Herrn Dr. Fischer gefragt, ob sich die Stadt Halle an Ausschreibungen bezüglich Auszeichnungen für behindertengerechten Wohnungsbau beteiligt.

Da Herr Dr. Fischer nicht anwesend ist, beantwortet Herr Neumann die Frage. Er erklärt, dass sich diese Programme vordergründig an Wohnungsgesellschaften richten und weniger an die Stadtverwaltung.

Frau Wolff berichtet über einen Vorfall, der ihr durch ihren Sohn zugetragen wurde. Ein körperbehinderter Freund ihres Sohnes, welcher in der Südstadt lebt, hat die Erfahrung gemacht, dass die Straßenbahnfahrer, egal ob Niederflurwagen oder normale Straßenbahn, oftmals keinerlei Hilfestellung beim Einsteigen in das Fahrzeug leisten. Es käme sogar zum Teil vor, dass die Bahnen einfach wieder losfahren, ohne dass darauf geachtet wird, ob alle einsteigen konnten.

Sie fragt an, wie man damit als Betroffener umgehen soll.

Herr Neumann verspricht, dieses Problem bei der HAVAG anzusprechen und eine Klärung herbeizuführen.

## **zu 9      Anregungen**

---

Frau Tomczik-Radji regt an, die Veranstaltungen in Halle bezüglich des Welt-Downsyndrom-tages wahrzunehmen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.04.09

Protokollantin

---